

Gemeinsame Erklärung der Lebensmittelchemiker im öffentlichen Dienst der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Initiative Mitteldeutschland

September 2009

Die „Initiative Mitteldeutschland“ zum Ausbau der länderübergreifenden Zusammenarbeit von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde im Juni 2002 von den Ministerpräsidenten der drei Länder beschlossen.

Eine Forderung dieser Initiative ist unter anderem die engere Zusammenarbeit der Landesverwaltungen der mitteldeutschen Bundesländer.

Auf ihrem Treffen Ende August in Hermsdorf tauschten sich die Vorsitzenden der Landesverbände der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen (VLFS), des Landes Sachsen-Anhalt (VLSA) und des Freistaates Thüringen (VLT) über den aktuellen Stand der Kooperation der mitteldeutschen Bundesländer aus und formulierten folgende Eckpunkte bezüglich der weiteren Ausgestaltung der „Initiative Mitteldeutschland“ auf dem Gebiet der Untersuchung von Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika:

- Die Verbände der Lebensmittelchemiker erkennen an, dass auf Grund der begrenzten Ressourcen der öffentlichen Haushalte eine engere Zusammenarbeit der drei mitteldeutschen Bundesländer auf dem Gebiet der Untersuchung von Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika geboten ist.
- Die Verbände der Lebensmittelchemiker stellen fest, dass eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lebensmitteluntersuchung vornehmlich dazu dienen muss, bestehende Defizite in der Untersuchungsbreite und -tiefe der einzelnen amtlichen Prüflaboratorien auszugleichen. Für die Zukunft werden vor allem folgende Entwicklungen als notwendig erachtet :
 - Schaffung von Messkapazitäten zur Stabilisotopenanalytik für die Authentizitäts- und Herkunftsbestimmung von Lebensmitteln
 - Ausbau der Kapazitäten zur Aromanalytik in Lebensmitteln und Kosmetika
 - Erweiterung der Untersuchungskapazitäten für Zusatzstoffe und deren Reinheitskriterien
 - Einführung der Analytik technologisch verwendeter Enzyme
 - Ausbau der Analytik von GVO und allergenen Zutaten
 - Einführung bzw. Ausbau der Analytik sekundärer Pflanzeninhaltsstoffe
 - Ausbau der Analytik von Kontaminanten und Rückständen

Die Bündelung von Ressourcen in diesem Sinne erscheint geeignet, den wachsenden Anforderungen an die Qualität und Quantität der Prüfergebnisse Rechnung zu tragen.

- Die Verbände der Lebensmittelchemiker sehen die Möglichkeiten der engeren Zusammenarbeit vor allem in der Konzentration bestimmter Spezialuntersuchungen, die gerätetechnisch und personell aufwendig sind, an jeweils einem Standort der drei Länder.

- Die Verbände der Lebensmittelchemiker fordern hinsichtlich der Übernahme von bestimmten Spezialuntersuchungen eine hohe Verlässlichkeit der Erledigung dieser Aufgaben von allen beteiligten Partnern, da mit Abgabe der Aufgabe immer ein Verlust von Know-how und Gerätetechnik in den anderen beiden Ländern verbunden ist.
- Die Verbände der Lebensmittelchemiker halten einen fairen und auf Ausgleich der Kompetenzen gerichteten Umgang der Vertreter der Untersuchungseinrichtungen der Länder dabei für unerlässlich. Für den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Ländern sind Grundsätze zu formulieren.
- Die Verbände der Lebensmittelchemiker vertreten die Auffassung, dass ein Personalabbau mit den vorstehend genannten Zielen der engen Zusammenarbeit unvereinbar ist. Jeglicher Personalabbau gefährdet diese Ziele und hat zwangsläufig negative Auswirkungen auf den fachlichen Standard der amtlichen Untersuchungen in den drei beteiligten Ländern.
- Die Verbände der Lebensmittelchemiker betrachten Überlegungen, die Untersuchung ganzer Warengruppen in nur noch einer Untersuchungseinrichtung Mitteldeutschlands zu konzentrieren, äußerst kritisch. Die unerwünschten Folgen einer derartigen Entwicklung wären:
 - In zwei von drei Ländern geht Sachverstand zu den spezialisierten Warengruppen verloren. Dort gibt es keinen sachverständigen Ansprechpartner mehr für die Lebensmittelüberwachungsämter, die Wirtschaft und den Bund.
 - Die Organisation von Teamkontrollen in den Herstellerbetrieben wird wesentlich erschwert; die Kontrollen selbst werden für die Sachverständigen extrem aufwändig.
 - Die im Aufbau begriffene Datenvernetzung von Untersuchungseinrichtungen und Überwachungsämtern entfällt für die spezialisierten Warengruppen.
 - Die Ausbildung von staatlich geprüften Lebensmittelchemikern und anderen einschlägigen Berufsgruppen wird erschwert. Gravierende Defizite sind zu befürchten.
 - Die risikoorientierte Probenplanung nach VO (EG) Nr. 882/2004 und deren Kopplung mit der Risikoeinstufung der Betriebe sind mit den bisherigen Instrumenten nicht mehr möglich.
 - Die Berichtspflichten gegenüber Bund und EU einschließlich der mehrjährigen nationalen Kontrollpläne müssen grundlegend neu gestaltet werden.



Volker Charné
(Vorsitzender VLISA)



Thomas Böhm
(Vorsitzender VLFS)



Katrin Grau
(Vorsitzende VLT)